

Steigende Energiekosten belasten Einzelhandel massiv – temporäre, schnell wirksame Wirtschaftshilfen erforderlich

Die steigenden Energiekosten bringen Händlerinnen und Händler an ihre finanzielle Belastungsgrenze und schüren Existenzangst in der Branche.

Wir unterstützen die Bundesregierung daher ausdrücklich darin, nicht nur die Symptome von Inflation und Energiepreisschock zu mildern, sondern die Ursachen anzugehen und ohne Scheuklappen alle Möglichkeiten zur Ausweitung des Energieangebots auszuschöpfen. Um mittelfristig zu einem funktionierenden Energiemarkt mit hoher Versorgungssicherheit und wirtschaftlichen Preisen zurückkehren zu können, brauchen wir eine maximal diversifizierte Energieversorgung.

Der Einzelhandel ist durch die explodierenden Energiekosten und die anhaltend hohe Inflation gleich in doppelter Weise betroffen: Zum einen müssen die Handelsunternehmen die sprunghaft gestiegenen Kosten stemmen. Zum anderen stehen den Kundinnen und Kunden angesichts der exorbitant gestiegenen Lebenshaltungskosten deutlich weniger finanzielle Mittel für den Konsum zur Verfügung. Die Händlerinnen und Händler kommen folglich von zwei Seiten massiv unter Druck. Für viele Betriebe, insbesondere im bereits von der Pandemie stark getroffenen Non-Food-Handel, ist die aktuelle Lage schlichtweg existenzbedrohend.

Um einen breiten Exitus im Handel und in unseren Innenstädten sowie einen weiteren Anstieg der Lebensmittelpreise zu verhindern, müssen die Preisanstiege rasch und zielgerichtet abgefedert werden. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass die Bundesregierung zusätzlich zu den im dritten Entlastungspaket vorgesehenen Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger nun auch über dringend notwendige Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen berät.

Die Zeit drängt, denn viele kleine und mittlere Unternehmen sehen sich bereits heute akut in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet. Aber auch der für die tägliche Versorgung der Bevölkerung unabdingbare Lebensmitteleinzelhandel, der zur kritischen Infrastruktur gehört, hat massiv unter dem aktuellen Kostenschock zu leiden. Er ist nicht in der Lage, die exorbitant steigenden Energiekosten über die Endverbraucherpreise weiterzugeben. Dabei lag der Preisanstieg bei Lebensmitteln

zuletzt bei über 16%, ohne dass die höheren Energiepreise darin schon berücksichtigt sind. Bei einer durchschnittlichen Umsatzrendite von rund 1,5 bis 2% gehen die heute bereits bis zu 10-fach höheren Energiekosten unmittelbar an die wirtschaftliche Substanz. Ohne staatliche Unterstützung droht vielen Unternehmen das wirtschaftliche Aus.

Daher sind unsere Unternehmen in dieser Krisenzeit auf unterstützende Maßnahmen angewiesen. Wichtig ist daher die geplante Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen durch die Strompreisbremse sowie die Unterstützung bei Investitionen in Effizienz- und Substitutionsmaßnahmen. Nicht nur energieintensive Unternehmen sollten jedoch eine direkte Unterstützung erhalten. Von den steigenden Energiekosten sind jede Branche und jeder einzelne Betrieb betroffen. Es bedarf daher dringend einer substanziellen Ausweitung des Rettungsschirms für Unternehmen. Bestehende Förderinstrumente müssen so geöffnet werden, dass alle Unternehmen, die von den steigenden Energiekosten existenziell betroffen sind, davon profitieren können. Das Energiekostendämpfungsprogramm muss branchenübergreifend für alle Unternehmen nach klaren Kriterien greifen.

Wir fordern daher Wirtschaftshilfen, die für alle betroffenen Unternehmen gelten, die jetzt und in den kommenden Monaten aufgrund steigender Energiekosten das Kriterium eines 3%-Anteils der Energiekosten am aktuellen Umsatz erfüllen.

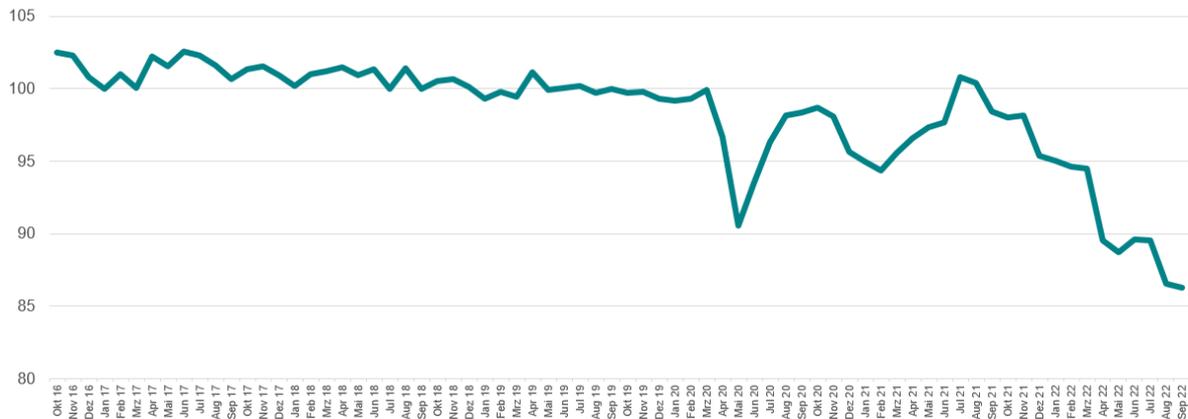
Verbraucherstimmung sinkt auf Allzeittief

Angesichts der aktuellen Energiekrise, der anhaltend hohen Inflation und pandemiebedingter Unsicherheiten war im September erneut eine Verschlechterung der Verbraucherstimmung zu beobachten. Das zeigt das HDE-Konsumbarometer. Nachdem der Index im August ein Allzeittief erreicht hat, fällt er nun auf einen neuen Tiefststand. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht, sodass die nächsten Monate voraussichtlich von Konsumzurückhaltung geprägt sein werden.

Die Eintrübung der Verbraucherstimmung ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die deutlich steigenden Lebenshaltungskosten im Alltag der Verbraucherinnen und Verbraucher angekommen sind. Da die weiteren Kostenentwicklungen bislang nicht absehbar sind, ist eine Aufhellung der Verbraucherstimmung in den bevorstehenden Wochen und Monaten nicht zu erwarten. Vielmehr könnten im Herbst mit Blick auf die Energieversorgung und die Pandemie zusätzliche Unsicherheiten aufkommen.

Verbraucherstimmung auf Allzeittief HDE-Konsumbarometer

- **Verbraucherstimmung** verschlechtert sich unter dem Einfluss der Folgen des Krieges in der Ukraine.
- Neben der **Sorge um weiter steigende Preise** drücken vor allem **schwächere Konjunkturerwartungen** die Stimmung.



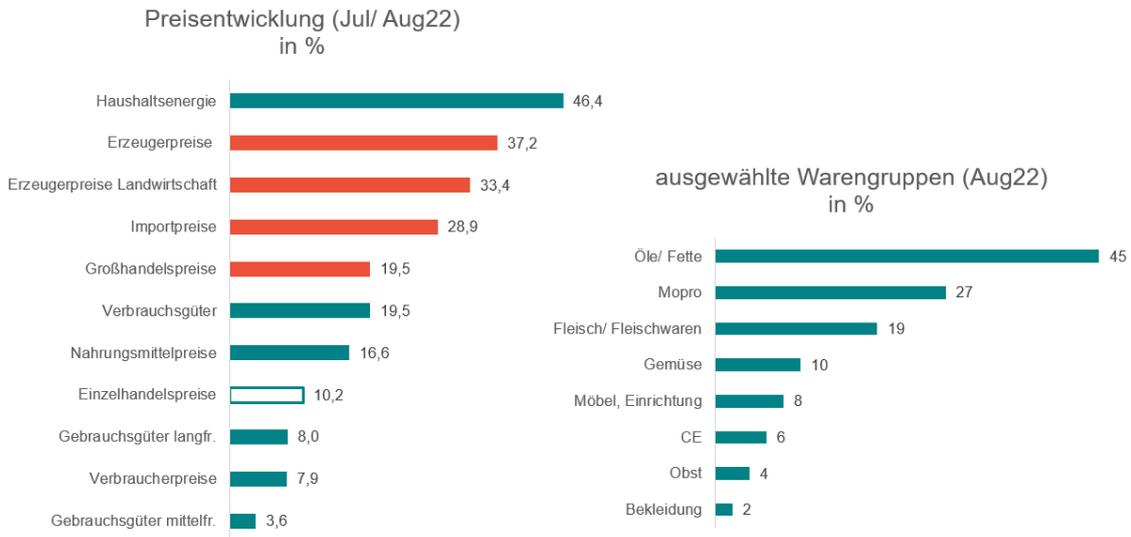
Quelle: HDE-Konsumbarometer

Auswirkungen auf das Konsumverhalten

Die durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des russischen Krieges in der Ukraine steigenden Lebenshaltungskosten haben weitreichende Folgen für das Verbraucherverhalten. Dies betrifft die Sortimentsstruktur (Nachfrage nach Marken/Eigenmarken, Preislagen), die Einkaufsstättenwahl (möglichen Wechsel zu Discount), das Branchengefüge (Sparen bei Nonfood) und die Konkurrenz zwischen alternativen Verwendungen des privaten Konsums (Handel vs. Reisen).

Verstärkt werden diese Effekte noch dadurch, dass die wahrgenommene Steigerung der Preise höher ist, als die tatsächliche Inflation. Im Ergebnis geraten vor allem auch Mehrwertprodukte unter Druck. Davon sind vor allem Bio-Produkte betroffen, aber auch regionale und Fair-Trade-Sortimente. Die Ausweichstrategien betreffen nicht nur den LEH. Höhere Ausgaben für Lebensmittel und Energie können auch zu Sparen in anderen Bereichen führen.

Preisentwicklung am aktuellen Rand Veränderung zu Vorjahr



Quelle: Destatis; grün=Verbraucherpreise

Aktuelle Lage im Einzelhandel

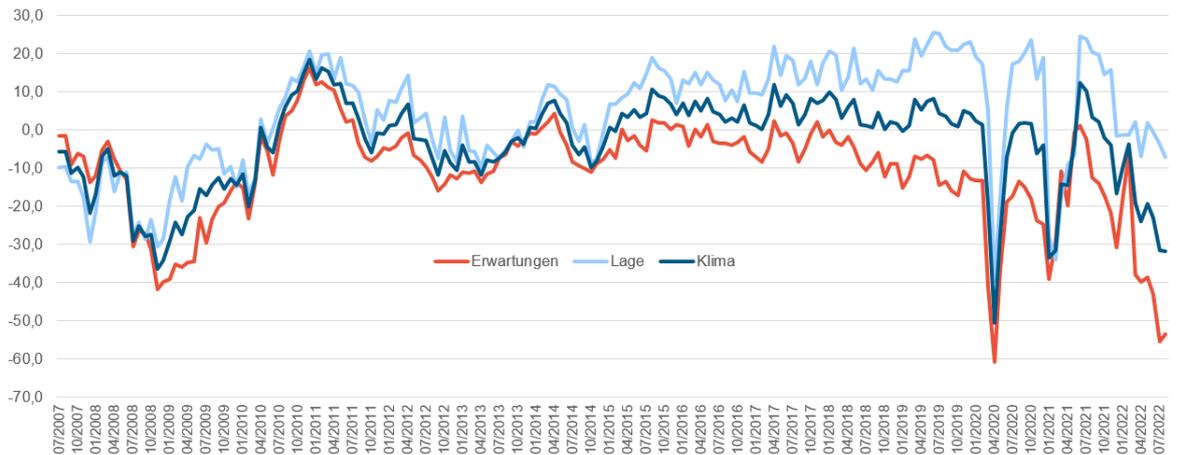
Die Lage des Einzelhandels wird durch die krisenbedingt steigenden Energie- und Logistikkosten, massive Lieferschwierigkeiten und eine spürbare Kaufzurückhaltung als Folge insbesondere steigender Verbraucherpreise bestimmt. Zudem ist die Coronapandemie noch nicht vorüber und es drohen steigende Infektionszahlen im Herbst und Winter. Sämtliche Risikofaktoren treffen den Einzelhandel in einer Phase der Erholung nach den teilweise dramatischen Umsatzeinbrüchen in den zurückliegenden Jahren.

Die Geschäftslage ist seit Jahresbeginn dramatisch eingebrochen. Das ifo-Geschäftsklima im Einzelhandel nähert sich dem schlechten Niveau der Lockdownphasen während der Coronapandemie.

Geschäftsklima verschlechtert sich deutlich

ifo-Geschäftsklimaindex Einzelhandel

- **Geschäftserwartungen** im Einzelhandel brechen seit Jahresbeginn ein.
- **Aktuelle Lage** hat sich zuletzt deutlich verschlechtert.



Quelle: ifo-Geschäftsklimaindex

Dieses Bild wird von einer aktuellen HDE-Umfrage Mitte September bei rund 900 Einzelhandelsunternehmen bestätigt. Danach schätzen nur noch 15% der Befragten ihre aktuelle Geschäftslage als gut ein.

Neben der Kaufzurückhaltung der Kunden und weiterhin massiver Lieferprobleme belasten dramatisch steigende Energiekosten die Unternehmen.

- Die Energiekosten stiegen seit Jahresbeginn durchschnittlich um 147%.
- Der Anteil Energiekosten in % des Umsatzes lag im Durchschnitt der Jahre 2019-2021 bei 1,5%, aktuell in 2022 bei 2,7%, geschätzt für 2023 bei mind. 4,3% im Durchschnitt aller Branchen und Standorte.
- 22% der befragten Händlerinnen und Händler sehen in steigenden Energiekosten bereits kurzfristig (kommende 12 Monate) eine Existenzbedrohung, 48% bei langfristig höheren Preisen.

Der HDE rechnet damit, dass im laufenden Jahr mehr als 16.000 Geschäfte aus dem Markt ausscheiden könnten. Der Energiepreisschock könnte diese Entwicklung noch beschleunigen. Für das kommende Jahr könnte sich dieser Negativtrend fortsetzen. 93% der Unternehmen rechnen dauerhaft mit höheren Energiekosten.

Vor diesem Hintergrund blickt der Handel mit großer Sorge auf das zweite Halbjahr. 39% der befragten Händlerinnen und Händler erwarten einen Umsatzrückgang, lediglich 21% rechnen mit steigenden Erlösen.

Viele Handelsunternehmen sehen keinen Ausweg mehr. Einerseits steigen die Energiepreise enorm, andererseits können die meisten die Kosten aufgrund des harten Wettbewerbs nicht einfach an die Kundinnen und Kunden weitergeben. So geben in der HDE-Umfrage 86% der Befragten an, sie können steigende Energiekosten nicht oder nicht vollständig auf die Verbraucherpreise aufschlagen. Gleichzeitig wird sich das Problem steigender Energiekosten in den kommenden Wochen und Monaten weiter verstärken. So berichtet ein Viertel der Einzelhändler von Problemen bei der Verlängerung bestehender Verträge oder bei Neuabschluss. Und mehr als 90% rechnen dauerhaft mit höheren Energiekosten. Dementsprechend planen mehr als drei Viertel verstärkte Energiesparmaßnahmen. Wie akut die Lage ist, wird auch dadurch deutlich, dass sich 22% der Handelsunternehmen durch die Energiekosten bereits kurzfristig (in den kommenden zwölf Monaten) in Existenzgefahr sehen. Insgesamt sieht sein Unternehmen mehr als jeder zweite Händler durch die Preisanstiege bei Energie in Gefahr.

Der HDE rechnet daher für das zweite Halbjahr mit einem realen Minus von bis zu 5% für den Einzelhandel insgesamt. In einzelnen Branchen legt der Umsatz immer noch um bis zu 20% unter dem Vorkrisenniveau aus 2019.

Einzelhandel fordert Wirtschaftshilfen

Der HDE hält das dritte Entlastungspaket mit Bezug zu den geplanten Maßnahmen für Unternehmen weder für ausreichend noch für zielgenau. Angesichts der dramatischen Entwicklungen bei den Energiepreisen sieht der Handel nach zwei harten Pandemie Jahren sehr große Herausforderungen, die für einige Händler existentielle Ausmaße haben werden.

Angesichts von Bruttobetriebsüberschüssen, die beispielsweise im Bekleidungshandel in 2020 bei 2,1% des Umsatzes lagen, im Schuheinzelhandel bei -1,2%, arbeiten aktuell weite Teile des Nonfood-Handels bereits an der Grenze ihrer Wirtschaftlichkeit. Im Lebensmittelhandel liegen die Renditen durchschnittlich bei 2 bis 4%. Bei einem Energiekostenanteil am Umsatz von 1-3% werden zahlreiche Unternehmen allein aufgrund drastisch steigender Energiekosten in die Verlustzone geraten. Weitere Kostensteigerungen etwa bei der Logistik sind hier noch nicht berücksichtigt.

Die im Entlastungspaket vorgesehene Strompreisbremse für kleine und mittlere Unternehmen begrüßen wir ebenso wie die geplanten Unterstützungen bei Investitionen in Effizienz- und Substitutionsmaßnahmen.

Von zentraler Bedeutung sind jedoch die im Paket vorgesehenen Unternehmenshilfen. Wir sind alarmiert, weil offensichtlich nur solche energieintensiv eingestufte Unternehmen von den Hilfen profitieren sollen. Der Einzelhandel versorgt die Bevölkerung mit Waren und Lebensmitteln, und ist somit Teil der kritischen Infrastruktur.

Der Einzelhandel ist mit insgesamt 35 Terawattstunden pro Jahr einer der größten Energienutzer in Deutschland, wird aber nicht als energieintensiv eingestuft. Der steile Anstieg der Energiekosten stellt sämtliche Kalkulationen auf den Kopf und bringt viele Handelsunternehmen in aus eigener Kraft unauflösbare Situationen. Angesichts geringer Umsatzrenditen wirkt eine Verdoppelung der Energiekosten schnell existenzbedrohend. Ohne Unterstützung droht für viele Unternehmerinnen und Unternehmer das wirtschaftliche Aus.

Wir fordern daher Wirtschaftshilfen, die für alle Unternehmen gelten, die jetzt und in den kommenden Monaten aufgrund steigender Energiekosten das Kriterium eines 3%-Anteils der Energiekosten am aktuellen Umsatz erfüllen. Der Blick nach vorne ist hier wichtig, da erst 13% der Einzelhändler neue Verträge über Strom/ Gas geschlossen haben. 46% laufen im 3. Oder 4. Quartal 2022 aus, 26% in 2023, 14% in 2024. Auf viele Händlerinnen und Händler kommen die mit einem neuen Energievertrag verbundenen Preiserhöhungen demnach also noch zu.

Die Handelsunternehmen blicken hier mit großer Sorge auf einen bevorstehenden Tarif- oder Anbieterwechsel. Zudem ist bereits die Suche nach Energieanbietern und passenden Tarifen mit Herausforderungen verbunden. 24% berichten von Problemen bei der Verlängerung bestehender Verträge oder bei Neuabschluss. Viele Händlerinnen und Händler finden keinen Energieanbieter, der sie mit ausreichend Energie zu wirtschaftlichen Bedingungen versorgen kann. Das ist besonders mit Blick auf den Winter dramatisch.

Ansprechpartner:
Handelsverband Deutschland e. V. (HDE)
Olaf Roik
Bereichsleiter Wirtschaftspolitik
roik@hde.de
Telefon: 030 726250-22

Am Weidendamm 1 A, 10117 Berlin
www.einzelhandel.de

Der Handelsverband Deutschland (HDE) ist die Spitzenorganisation des deutschen Einzelhandels. Insgesamt erwirtschaften in Deutschland 300.000 Einzelhandelsunternehmen mit drei Millionen Beschäftigten an 450.000 Standorten einen Umsatz von über 480 Milliarden Euro jährlich.